



Update aus Berlin

Juni 2024 (III)

Foto: Michael Kröber

Zitat der Woche:

*"Gesellschaftlicher
Zusammenhalt wird vor Ort
gelebt - nicht in Berlin, nicht in
Brüssel, sondern in den
Kommunen"*

Nancy Faeser zum Auftakt der
Kommunalkonferenz



Themen

1. Kommunalkonferenz 2024
2. SmartCity Abend
3. Regierungserklärung von Olaf Scholz
4. Entlastungspaket für die Landwirtschaft
5. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts
6. Sekundarschule Wadersloh im Reichstag
7. Interview im ARD-Mittagsmagazin
8. Bessere Steuerförderung für Sanierung

Liebe Leserinnen und Leser,

ein wichtiger Bereich unserer Gesellschaft ist die Gesundheitsversorgung. Hierzu haben wir in dieser Woche in erster Lesung die Krankenhausreform beraten. Damit reduzieren wir die Ökonomisierung im Krankenhaussektor. Das System der Fallpauschalen hat die Krankenhäuser starken wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt. Deshalb reformieren wir es.

Außerdem schaffen wir die Obergrenze für die Vergütung von Hausarztleistungen durch die Krankenkassen ab. Gerne stelle ich euch ausführliche Informationen zum Gesetz zur Verfügung, Rückfrage genügt.

Ein anderes Thema: Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren. Dafür wollen wir den § 218 StGB in seiner jetzigen Form streichen und klare Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Entscheidung der Frauen jenseits des Strafrechts regeln.

Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor Putins Angriffskrieg flüchten, finden bei uns weiterhin Schutz. Damit stellen wir uns entschieden gegen die Forderung der CSU, arbeitslose ukrainische Geflüchtete abzuschieben. Das sind keine konstruktiven Vorschläge, Dobrindt springt auf den Karren der Populisten und erzählt ihre üblen Geschichten weiter.

Putins Krieg hat uns vor Augen geführt, dass wir stärker in unsere Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit investieren müssen. Insbesondere gilt es, mehr Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen.

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius schlägt dazu ein neues Wehrdienst-Modell vor, das auf eine Auswahl der Soldatinnen und Soldaten nach Eignung und Motivation setzt, zugleich aber freiwillig bleibt. Ein Thema, das wir gerne auch in unseren SPD-Ortsvereinen mit der Bevölkerung diskutieren können. Wir werden den Vorschlag gründlich beraten.

Am Freitag widmeten wir uns auf unserer Kommunalkonferenz dem Thema „Kommunen stärken, Demokratie verteidigen“. Wir nehmen in diesem Jahr besonders die Kommunalfinanzen und den Schutz der vielen Aktiven vor Gewalt und Übergriffen in den Blick. Dabei geht es vor allem um die Rolle von Frauen in der Kommunalpolitik, denn auch und gerade dort sind sie zu wenig repräsentiert.

Details zu diesen und weiteren Themen findet Ihr auf den folgenden Seiten -

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,

Bernhard Selting

Kommunalkonferenz 2024

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entscheidet sich vor Ort

Die Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion 2024 ist Geschichte, aber die nächste kommt bestimmt. Unter dem Motto „Kommunen stärken, Demokratie verteidigen“ lag in diesem Jahr der Fokus ganz und gar auf der Rolle von Frauen in der Kommunalpolitik. Der mit 300 Personen vollbesetzte Otto-Wels-Saal der SPD-Bundestagsfraktion diskutierte, wie Frauen auf ihrem Weg in die Politik und in kommunalpolitischen Mandaten begleitet und unterstützt werden können. Dr. Rolf Mützenich wies optimistisch auf die Frauenquote von 42% in der SPD-Bundestagsfraktion, die sich seit jeher auch als Anwältin der kommunalen Interessen auf der Bundesebene versteht. Denn nach wie vor bestehen zahlreiche strukturelle und gesellschaftliche Herausforderungen.



Zwei Podien – ausschließlich mit Frauen besetzt – diskutierten Probleme und gemeinsam Strategien. Impulse kamen nicht nur von den fachkundigen Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen auf den Podien, sondern auch von den spannenden Wortmeldungen der rund 300 Gäste im Otto-Wels-Saal und weiteren, die die Konferenz im Netz verfolgten.

Stadt. Land. Geld - und mehr weibliche Perspektive!

Unter dem Titel „Stadt. Land. Geld - Stabile Finanzen. Stabile Kommunen“ tauschten sich Beate Raudies, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in Schleswig-Holstein, Staatsministerin Sarah Ryglewski, SGK-Schatzmeisterin Marion Weike und Katrin Brüninghold, Kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hattingen aus. Gemeinsam war allen Teilnehmerinnen die aktuelle oder frühere Tätigkeit als Ratsfrau, Beigeordnete oder Bürgermeisterin. Moderiert und um ihre Perspektive ergänzt wurde die Runde von meiner Bundestagskollegin Leni Breymaier, frauenpolitische Sprecherin unserer Fraktion. Hier wurde deutlich, dass auch kommunale Finanzen viel zu häufig noch „männlich“ gedacht und gemacht werden. Nicht nur bei den großen finanzpolitischen Fragen, auch in ganz konkreten Projekten fehlt eine weibliche Perspektive: Am Beispiel eines neuen Feuerwehrhauses ohne Damentoiletten wurde das Problem offenbar.

Rednerinnen und Publikum zeigten: Auch die überparteiliche Vernetzung von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern kann helfen, Interessen durchzusetzen. Beispiele, wie dies in einigen Kommunen praktiziert wird, wurden vorgestellt.

Kommunalkonferenz 2024

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entscheidet sich vor Ort

Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen - ein viel zu aktuelles Problem

Gegenseitige Unterstützung und größere Aufmerksamkeit braucht das schwierige Thema „Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen“, des zweiten Podiums. Moderiert von meiner Kollegin Emily Vontz, der jüngsten Abgeordneten im Parlament. Mit dabei die Parteivorsitzende Saskia Esken, die Thüringer Bundestagsabgeordnete Tina Rudolph und Miriam Marnich, Referatsleiterin beim Deutschen Städte- und Gemeindebund für Hasskriminalität und Extremismusprävention und Dr. Anne-Kathrin Kreft Politikwissenschaftlerin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen.

Nancy Faeser machte bereits zu Beginn der Veranstaltung deutlich: Hass und Hetze gegen Kommunalpolitikerinnen sind etwas anderes als gegen Politiker*innen in hohen bundespolitischen Positionen: „Wenn der Wohnort bekannt ist und die Täter wissen, wo die Kinder zur Schule gehen, dann macht das etwas mit einem“, so die Innenministerin. Sie zeigte Verständnis für Frauen, die ihr – oft ehren-amtliches – politisches Engagement aufgrund solcher Bedrohungen niederlegen. Eine Frau, die ebenfalls auf kommunalpolitischer Ebene mit Widerstand zu kämpfen hat, ist meine Mitarbeiterin Pamela – sie ist im Gemeinderat in Grünheide und muss sich täglich mit Gegnern der dortigen Tesla-Bauprojekte auseinandersetzen. Auch sie hat mit ihrem Wortbeitrag eindringlich gezeigt, dass Drohungen gegen Kommunalpolitikerinnen Grenzen überschreiten.



Das Bundesinnenministerium hat eine neue zentrale Ansprechstelle für kommunale Mandatsträger geschaffen, die von Hass und Gewalt betroffen sind. Aber auch die Gesellschaft vor Ort ist in der Pflicht. Tina Rudolph bringt es auf den Punkt: „Die verstärkte Gewalt speziell gegen Politikerinnen zeigt, dass in den Köpfen noch immer verankert ist, dass Frauen in der Politik weniger zu suchen hätten als Männer.“

Das wollen und müssen wir ändern. Und ich glaube, unsere Kommunalkonferenz war mindestens ein guter Anfang.

Eine Smart City – inklusiv, nachhaltig, gemeinwohlorientiert, grün, barrierefrei, vernetzt... Der Begriff ist nicht immer einfach zu erklären. Ob große Städte oder kleine Kommunen – wer wie weit beim Thema Smart City in Deutschland ist, variiert stark. Gerade beim Herzstück einer „vernetzten“ Smart City – das intelligente Nutzen von Daten und digitalen Lösungen – haben wir in der Fläche noch einiges aufzuholen.

Doch es tut sich etwas im Bereich Smart City – auf Bundes- Länder- und Kommunalebene, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Am 11. Juni wurde der Stufenplan „Smarte Städte und Regionen“ beschlossen – er verteilt Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen und legt Rahmenbedingungen fest, wie eine flächen-deckende Digitalisierung von Kommunen funktionieren kann. Was bedeutet das nun für unsere 11.000 Städte und Gemeinden in Deutschland?



Für Kommunen ist es nicht nur schwer, mit dem technologischen Fortschritt mitzuhalten, sondern überhaupt in der digitalen Welt Fuß zu fassen. Und dabei zahlen digitale Lösungen direkt auf die Lebensqualität der BürgerInnen in den Kommunen ein. Hierfür benötigen Kommunen Unterstützung: finanziell, rechtlich, oder tiefgreifende Tech-Expertise. Der Bund fördert deshalb 73 Modellprojekte. Diese erhalten von der KTS (=Koordinierungs- und Transferstelle Smart Cities) ausgiebige Unterstützung. Der Stufenplan ist nun ein wichtiger Schritt, den die Ampel aufgesetzt hat, um eben all jenen nicht geförderten Kommunen eine genau diese Unterstützung abseits direkter Förderung zu geben – jetzt ist es wichtig, dass wir ins „doing“ kommen und den Stufenplan umsetzen.

Fotos: Oliver Wagner



(c) Janine Schmitz / photothek

Am Mittwoch hielt Bundeskanzler Olaf Scholz seine Regierungserklärung im Vorfeld der EU- und Nato-Gipfel im Bundestag, die unter dem Motto "Wir müssen Zuversicht neu begründen" stand. Scholz thematisierte die Ergebnisse der Europawahlen und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, das er als "Einschnitt" bezeichnete. Er betonte, dass in Zeiten zahlreicher Krisen Vertrauen und Sicherheitsgefühl oft infrage gestellt werden und forderte mehr Zuversicht in Deutschland und Europa.

Der Bundeskanzler machte deutlich, dass wir uns nicht in einen "Wettbewerb mit den Populisten" begeben sollten, sondern klare Antworten in der Sache brauchen. Besonders kritisierte er den Boykott der Bundestagsrede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj durch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und die meisten AfD-Abgeordneten.

Innenpolitisch ging Scholz auf den Bundeshaushalt 2025 ein und zeigte sich zuversichtlich, dass die Regierung bis Juli einen Entwurf vorlegen kann. Soziale Gerechtigkeit, Pflege und Renten sollen dabei nicht gekürzt werden.

Auch kündigte er Maßnahmen gegen Schwarzarbeit bei Bürgergeldempfängern an und versprach, die Bedingungen für Arbeit und Investitionen zu verbessern. Scholz betonte die Bedeutung des Klimaschutzes und die Notwendigkeit, den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranzutreiben. Er hob hervor, dass Deutschland seine Klimaziele erreichen muss und dabei gleichzeitig wirtschaftlich stark bleiben soll. Dazu gehören Investitionen in grüne Technologien und die Förderung von Innovationen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Rede war die Bildungspolitik. Scholz unterstrich die Wichtigkeit von Chancengleichheit und versprach, in die Modernisierung von Schulen und die Förderung digitaler Kompetenzen zu investieren. Er stellte klar, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Landes sei.

Außenpolitisch bekräftigte Scholz die Solidarität Deutschlands mit der Ukraine und verurteilte die anhaltende russische Aggression scharf. Er versicherte, dass Deutschland weiterhin humanitäre Hilfe leisten und die Ukraine politisch sowie wirtschaftlich unterstützen werde.

Entlastungspaket für die Landwirtschaft

Über viele Jahre hat es in Deutschland unter Führung von CDU/CSU keine Reformen zur nachhaltigen Stärkung der Landwirtschaft gegeben - diese Versäumnisse korrigieren wir jetzt.

Was genau haben wir zusammen mit den Fraktionen der Bündnis 90 / Die Grünen und FDP beschlossen?

☛ Ein Teil des Pakets ist die steuerliche Gewinnglättung (Tarifermäßigung) für die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft. Damit mildern wir die Gewinnschwankungen aufgrund wechselnder Witterungsbedingungen, etwa durch Dürreperioden, ab.

☛ Ohne eine Kürzung der Basisprämie vorzunehmen, wollen wir die Weidetierhaltung auf Grünland in der Gemeinsamen Agrarpolitik zusätzlich fördern.

☛ Zudem bringen wir die Novelle des Agrarorganisationen- & Lieferketten-Gesetzes (Agrar-OLkG) in den Bundestag ein & stärken die Stellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette.

☛ Parallel bringen wir das bisher größte Maßnahmenbündel für Bürokratieabbau in der Landwirtschaft auf den Weg. Dafür haben wir fast 200 Vorschläge aus den Bundesländern ausgewertet. Die nun folgende Umsetzung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Zahlreiche Erleichterungen sind bereits im GAP-Konditionalitätengesetz verankert, das wir in der kommenden Woche im Bundestag verabschieden werden.

Im Ergebnis haben wir jetzt ein umfangreiches Agrarpaket geschnürt, mit dem wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft stärken.



Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Am vergangenen Donnerstag sind die neuen Regelungen zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) in Kraft getreten. Für uns ist die Reform ein zentrales Mittel, Integration zu leben und zu fördern. Und genau diese Integration findet in unseren Städten und Gemeinden statt. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die morgen in Kraft tritt, sorgen wir für ein modernes Einwanderungsrecht, das unserer vielfältigen Gesellschaft

und unserem modernen Land gerecht wird. Die generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit entlastet zudem auch die Einbürgerungsbehörden. Sie müssen nicht mehr umständlich das Vorliegen von Gründen für Härtefälle oder Beibehaltungsgenehmigungen prüfen. Jetzt, wo dieses aufwändige Verfahren der Beibehaltungsgenehmigung nicht mehr notwendig ist, entfällt der Prüfaufwand auch für die Kommunen. Damit sorgen wir für eine Verfahrenserleichterung.



Sekundarschule Wadersloh im Reichstag

Eine Gruppe von 30 Schülerinnen und Schülern mit drei Lehrkräften haben mich in dieser Woche im Bundestag besucht. Nach einer Führung durch das Paul-Löbe-Haus haben wir uns über aktuelle Fragestellungen ausgetauscht. Ich habe der Gruppe einen exklusiven Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten gegeben und durfte zahlreiche Fragen zu verschiedenen Themen beantworten. Besonders interessierten sich die Schülerinnen und Schüler für den Verdienst und die Arbeitsbelastung eines Abgeordneten. Ich habe ihnen die vielfältigen Aufgaben und Verantwortlichkeiten erläutert, die mit dem Mandat verbunden sind und aus meinem Alltag im Bundestag berichtet.

Es war mir eine große Freude, die Schülerinnen und Schüler im Bundestag zu empfangen und ihre Fragen zu beantworten. Solche Begegnungen sind wichtig, um junge Menschen für Politik zu interessieren und ihnen zu zeigen, wie unsere demokratischen Prozesse funktionieren. Der Besuch bot den Schülerinnen und Schülern eine wertvolle Gelegenheit, die politische Arbeit hautnah zu erleben und ihre eigenen Fragen und Anliegen direkt mit einem Abgeordneten zu besprechen. Danke für das großes Interesse und die lebhafteste Diskussion und ermutigte sie, sich weiterhin politisch zu engagieren und die demokratischen Werte zu fördern.

Interview im ARD-Mittagsmagazin: Einblick in die Herausforderungen der Wohngeld-Reform

Im ARD-Mittagsmagazin hatte ich kürzlich die Gelegenheit, über die aktuelle Wohngeld-Reform zu sprechen. Dabei ging es vor allem um die Schwierigkeiten, die Umsetzung zügig und effektiv zu gestalten. Unser Ziel, mehr Menschen mit erhöhtem Wohngeld zu unterstützen, wird durch bürokratische Hürden und lange Bearbeitungszeiten erschwert. Im Interview betonte ich die Notwendigkeit von Verbesserungen, um die sozialen Ziele der Reform zu erreichen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zeitnah zu entlasten.

Es wurde deutlich, dass vor allem die Digitalisierung und Personalausstattung in den zuständigen Behörden dringend verbessert werden müssen, um den Reformprozess zu beschleunigen. Auch die Kommunikation zwischen Bund und Ländern spielt eine zentrale Rolle, da hier oft Abstimmungsprobleme zu Verzögerungen führen.

Es ist essentiell, dass wir die Prozesse effizienter gestalten und Engpässe beheben, um das Wohngeld den Menschen zugutekommen zu lassen, die es dringend benötigen.



Bessere Steuerförderung für energetische Sanierungen

„Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche der dritten Fortschreibung der Energetische Sanierungsmaßnahmen-Verordnung (ESanMV) zugestimmt. Die Ampel stellt damit sicher, dass energetische Sanierungsmaßnahmen auch weiterhin umfassend steuerlich gefördert werden.

Unsere Klimaziele werden wir nicht allein durch Vorschriften und Ordnungsrecht erreichen. Wir benötigen Fördermaßnahmen, die die Menschen unmittelbar bei der Transformation unterstützen. Die ESanMV setzt an diesem Punkt an. Konkret können Hauseigentümer bis zu 40.000 Euro – verteilt auf drei Jahre – von ihrer Steuerschuld

abziehen, wenn sie in dieser Zeit bis zu 200.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen investiert haben. Geregelt ist die Förderung im §35c des Einkommensteuergesetzes, der eine Steuerersparnis von 20 % der Investitionskosten erlaubt. Gefördert werden Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die nach dem 31.12.2019 begonnen wurden und vor dem 01.01.2030 vollendet werden. Wir müssen die Sanierungsquote im Gebäudebestand dringend erhöhen. Derzeit wird nicht einmal 1 % des Gebäudebestandes jährlich modernisiert. Das ist viel zu wenig. Wir brauchen die Investitionen der Hauseigentümer, die einen wesentlichen Teil des Gebäudebestandes ausmachen.“